

SPD Fraktion Fraktion DIE GRÜNEN FDP im Rat	Drucksache Nr. A/16/3958-01	Termin 24.09.2018	Rat der Stadt		
<u>Antragsvorlage</u>			<u>öffentlich</u>		
Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss- kontrolle*	
06.09.2018	Umweltausschuss	V			
13.09.2018	Finanz- und Personalausschuss	V			
18.09.2018	Planungsausschuss	V			
24.09.2018	Rat der Stadt	B			
30.10.2018	Sozialausschuss	K			




Beratungsgegenstand

Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion DIE GRÜNEN und der FDP im Rat gem. § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Einrichtung einer Projektkoordination "Problemimmobilien"

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, eine Projektkoordination „Problemimmobilien“ einzurichten. Durch die Koordinierung der verschiedenen Zuständigkeiten von Abteilungen der Stadtverwaltung, Feuerwehr, von Jobcenter, Zoll u.a. sollen bereits vorhandene Problemimmobilien stillgelegt und präventiv die Entwicklung weiterer Problemimmobilien verhindert werden.

Der Rat der Stadt empfiehlt dem Oberbürgermeister, diese Stelle dem Dezernat 2 zuzuordnen.

Vorsitzender SPD-Fraktion  W. Große Brömer 30.08.2018	Sprecher Fraktion DIE GRÜNEN  A. Blanke 30.08.2018	Vorsitzender FDP im Rat  H.-O. Runkler 30.08.2018
--	---	--

SPD Fraktion Fraktion DIE GRÜNEN FDP im Rat	Drucksache Nr. A/16/3958-01	Termin 24.09.2018	Rat der Stadt
--	--	------------------------------	----------------------

1 **Begründung**

2

3 Vielfach erreichen uns Meldungen über unzumutbare Zustände in Mietwohnungen. Die Mängel
4 reichen von fehlenden Heizkörpern, Brandschutzmängeln, Schimmelbelastung, lose Kabel bis hin
5 zum Schädlingsbefall. Oftmals werden diese Wohnungen an Personen vermietet, die sich gegen
6 solche Zustände nicht zur Wehr setzen können. Das Wohnungsaufsichtsgesetz NRW, die
7 Bauordnung NRW und das Infektionsschutzgesetz geben den Behörden Möglichkeiten
8 einzugreifen.

9

10 Durch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die neben den städtischen Verwaltungsbereichen noch
11 durch Feuerwehr, Polizei, Jobcenter, Familienkasse und Zoll ergänzt wird, sollen alle
12 Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die zur Behebung der Immobilienproblematik zur Verfügung
13 stehen.

14

15 Die Feuerwehr soll die brandschutzrechtlichen Prüfungen gem. BauO NRW durchführen. Die
16 Wohnungsaufsicht des Dezernat 5 und das Gesundheitswesen prüfen die Mängel i. S. d.
17 Wohnungsaufsichtsgesetzes NRW sowie des Infektionsschutzgesetzes. Der Ermittlungsdienst des
18 Jobcenters nimmt melderechtliche Kontrollen vor, um eventuellen Sozialbetrug aufzuklären. Die
19 Familienkasse kann durch diese Arbeitsgruppe zu Unrecht gewährte Unterstützung (z. B.
20 Kindergeld o. Kinderzuschlag) zurückfordern. Der Zoll soll im Rahmen der steuerstrafrechtlichen
21 Aspekte eventuelle Verschleierungen von Einkünften durch Mieteinnahmen aufdecken und
22 Strafverfahren einleiten.

23

24 Die Ziele der Arbeitsgruppe sind u. a. die Reduzierung von Problemimmobilien, die Verhinderung
25 von Sozialhilfebetrug oder die Aufwertung von Wohnquartieren. Weiterhin könnte die Einrichtung
26 dieser Arbeitsgruppe präventive und repressive Wirkung auf Eigentümer von Problemimmobilien
27 entfalten.

28

29 Die Projektkoordination soll folgende Aufgaben in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe
30 wahrnehmen:

- 31 • Koordinierung der Arbeitsgruppe
32 • Mieterschutz vor unsicheren bzw. unzumutbaren Mietverhältnissen
33 • Melderechtliche Kontrollen in Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsdienst des Jobcenters
34 • Beseitigung von Müll, Schimmel, Schädlingen und weiteren Mängeln auf Kosten der
35 Eigentümer
36 • Bereitstellung von Ersatzunterkünften bei Unbewohnbarkeit von Wohneinheiten

37

38 Die Kompensation für diese Stelle soll durch Aufgabenverschiebungen innerhalb der Verwaltung
39 erfolgen.